

Reden wir doch ´mal über „Recht auf Leben“ – und nicht nur auf Sterben

Von Peter Helmes

Einsatz für Abtreibung ist Einsatz für Tötung statt Einsatz für Leben

Unsere Gesellschaft ist in „humane Schieflage“ geraten: Der Tod scheint wichtiger als das Leben. Egal in welcher Partei oder „gesellschaftlichen Gruppe: Überall geht es in den aktuellen Diskursen um ein „Recht auf würdiges Altern“ oder „würdiges Sterben“, begründet damit, daß jeder das Recht „auf Selbstbestimmung“ habe, über sein eigenes Leben zu entscheiden wie über seinen Tod. Förderung von Vereinen und Verbänden, die sich für Abtreibung, Sterbehilfe, Freigabe von Drogen etc. einsetzen – das sind offenbar die besonderen Aufgaben einer menschengerechten Politik. Der Einsatz für Leben stört da nur. Und wer sich für solche Ziele einsetzt, wird öffentlich diffamiert und an der Übernahme öffentlichen Aufgaben behindert.

Lehren aus dem Fall Hollemann

Ein besonders krasses Beispiel dieser verwerflichen politischen Praxis ist der „Fall“ – im doppelten Sinne – des von der CSU in München vorgeschlagenen Bewerbers für das Amt des Sozial- und Umweltreferenten, Markus Hollemann. (Wir berichteten am 31.1.15.) CSU-Bürgermeister Josef Schmid hatte kurz vor der Entscheidung über die Bewerbung auf Druck Münchner Medien Markus Hollemann bedrängt, seine Kandidatur zurückzuziehen. Schmid Begründung dafür: *„Eine Aufrechterhalten der Kandidatur hätte angesichts der dadurch ausgelösten medialen Diskussionen die Stadtgesellschaft und auch den Münchner Stadtrat gespalten“* (Die Tagespost 31.1.2015, S. 1). Daraufhin zog Hollemann seine Kandidatur tatsächlich zurück.

Hollemanns Vergehen: Er, ÖDP-Bürgermeister von Denzlingen, war u.a. streitbares Mitglied der „Aktion Lebensrecht e. V.“ (ALFa). Als Umwelt- und Gesundheitsreferent der Stadt München wäre er u. a. für die Kernbereiche der ALFa – die Wahrung der Menschenrechte von der Zeugung bis zum natürlichen Tod – und ebenso für die Schwangerenberatung zuständig geworden. In einen solchen Aufgabenbereich setzt man heute ganz offensichtlich eher Abtreibungsbefürworter denn Abtreibungsgegner.

Zu seinem Unheil unterstützt Hollemann auch noch die freikirchliche „Christian Solidarity International“ (CSI), die sich für die verfolgten Christen einsetzt. Dieser Verein sieht Abtreibungen (also die Tötung ungeborenen menschlichen Lebens) kritisch und versucht durch Hilfen für Schwangere, Abtreibungen zu verhindern. Eine solche Position ist aber – liest man Pressemitteilung der CSU München dazu genauer – „ein Fehler“. (Da bleibt allerdings zu fragen, wie denn die richtige Gesinnung nach Ansicht der CSU München aussieht.)

Der Kandidat Hollemann war angesichts dieser von allen christlichen Geistern verlassenen Partei untragbar. Alles in allem mußte sein Engagement für Grün-Rote – wohl ebenso wie für die Münchner CSU – wie ein „rotes“ (sic!) Tuch wirken. Er wurde nach Bekanntwerden seiner Aktivitäten so unter Druck gesetzt, daß er sich gezwungen sah, seine Kandidatur zurückzuziehen und aus dem Verein auszutreten.

Wider den Zeitgeist

Wir brauchen gar nicht drumherum zu reden: Hollemanns (und ähnlicher Menschen) Engagement paßt nicht zum Zeitgeist und paßt schon gar nicht den linken Tonangebern. Daß die Münchner Abendzeitung z. B. die Mitgliedschaft Hollemanns in ALFa als „pikante Info“

– eine entlarvende Sprache – vermeldete, zeigt auf, wie verkommen die politisch-medialen Sitten heute sind.

Symptom für den Zustand unserer Gesellschaft

Dieser Fall ist symptomatisch für den Zustand unserer Gesellschaft. „Der Zeitgeist“, gestaltet durch politisch korrekte rot-grüne Politiker, Medien und „gesellschaftspolitische Gruppen, legt heute fest, was gut und was böse ist. Wer nicht dem Mainstream entspricht, wird gnadenlos ausgestoßen.

Es war also nur systemkonsequent, daß die CSU einknickte, um einem drohenden Machtverlust zu entgehen. Daß diese „Christsozialen“ schon längst ihre vermeintliche Macht – jedenfalls ihre Deutungshoheit – abgegeben haben, ist ihnen wohl bis heute nicht bewußt. Moralisch diskreditiert sind sie allemal. So nimmt die Partei immer mehr Abschied vom hohen „C“ und ersetzt es durch den angestrebten Mainstreamkonsens. Daß dabei das grundgesetzlich verbürgte Lebensrecht mit Füßen getreten wird, ist wohl allenfalls eine vernachlässigbare Nebenwirkung.

Entlarvend auch die Begründung der CSU (Josef Schmid): *„Ein Aufrechterhalten der Kandidatur hätte aber angesichts der Diskussionen der letzten zwei Tage die Stadtgesellschaft gespalten. Das ist das letzte, was ich will. Ich wollte im Gegenteil mit diesem personellen Vorschlag Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnen und ideologische Gräben schließen. Ich bin deshalb heute mit Herrn Hollemann in einem persönlichen Gespräch übereingekommen, dass er seine Kandidatur zurückzieht.“*

Hoffnung auf „Konservativen Aufbruch“

Im Klartext: Christdemokratische Werte werden gekippt, um „Ökonomie und Ökologie miteinander zu versöhnen“ (Schmid). Das ist eine offene Verhöhnung aller wirklichen Christdemokraten. Die aber, steht zu befürchten, sind in der Minderheit und genießen keinen Minderheitenschutz, sondern eher Exotenstatus.

Erinnern wir uns: Im CSU-Grundsatzprogramm steht – und man muß leider fragen, wie lange noch:

*„Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Unser christliches Menschenbild und unsere Verfassung verpflichten Staat, Politik und Gesellschaft, menschliches Leben zu schützen und zu fördern. Wir wollen einen wirksamen Schutz des menschlichen Lebens von seinem Anfang bis zu seinem Ende. ... Die Menschenwürde und das Recht auf Leben stehen allen Menschen zu – dem geborenen ebenso wie dem ungeborenen. Das ungeborene Kind ist Mensch von Anfang an. **Abtreibung ist Tötung.** Es ist die Verpflichtung des Rechts- und Sozialstaats, das Leben zu schützen und zu fördern. Wir wollen unseren Beitrag leisten, dass unsere Gesellschaft Wege findet, die Abtreibungszahlen durch Beratung und konkrete Hilfe deutlich zu senken. Wir helfen Eltern, zum ungeborenen Kind ja zu sagen.“*

Symptom einer Gesellschaft am Abgrund: Unterhöhlung gesellschaftlicher Werte

Der Vorgang um Hollemann geht aber noch viel tiefer als der Fall der CSU (München). Er zeigt beängstigend die Unterhöhlung gesellschaftlich unverzichtbarer Werte: das Recht auf Leben, Meinungs- und Religionsfreiheit. Und es zeigt in erschreckendem Ausmaß, daß diejenigen, die sich heute noch an christlichen Grundwerten orientieren, politisch diskriminiert und ausgegrenzt werden.

Das ist der eigentliche Skandal hinter der Münchener Geschichte. Die Tragweite des Münchner Vorfalls ist wohl vielen Menschen in Politik und Gesellschaft noch gar nicht klar.

Es geht hier nicht (nur) um den Einzelfall einer geplatzten Bewerbung, sondern um das Symptom einer Gesellschaft am Abgrund: Wenn jemand wegen seines Einsatzes für Lebensrechte von der Politik ausgeschlossen wird, bedeutet dies die **Absage der Gesellschaft an ihre eigene Zukunft**. Einsatz für Abtreibung ersetzt Einsatz für Leben. Hier aber heult kein Gutmensch auf, der sich sonst allüberall gegen Diskriminierung engagiert, sondern zeigt seine Kehrseite: das Messen der Moral mit zweierlei Maß.

Dieses zweierlei Maß zeigt sich insbesondere an der Intoleranz anderer Meinung gegenüber. Dieselben Menschen, die nach „Paris“ lauthals krakelten „Je suis Charlie“ und für Presse- und Meinungsfreiheit demonstrierten, gestehen unüberhörbar anderen, insbesondere christlichen Positionen genau diese Meinungsfreiheit nicht zu. Sie definieren, was Meinungsfreiheit ist – und eine willfährige Presse verkündet die Botschaft vom besseren Menschen (ohne Gott).

Eine marode Gesellschaft

Abtreibungspraxen wachsen, aber freiberufliche Hebammen siechen dahin. Sterben und Töten werden gefördert, Abtreibungen erleichtert. Aber „Abtreibung“ ist lediglich eine höfliche Umschreibung für „Tötung Ungeborener“. Auch hier wieder das Messen mit zweierlei Maß: Dieselben Christen, die die „Kirche von unten“ und das „Zweite Vatikanische Konzil“ feiern, verheimlichen, daß genau jenes Konzil die Abtreibung als „**verabscheuungswürdiges Verbrechen**“ bezeichnet hat.

Es ist ein Skandal, daß heute jemand für ein öffentliches Amt nicht mehr würdig erscheint, der zwar nicht dem Zeitgeist huldigt, aber auf dem Boden des Grundgesetzes steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

2.06.2021